



Radikal unsozial? Was sozialpolitische AfD-Forderungen für den Osten bedeuten würden

Bericht: Thomas Datt, Jana Merkel

Kamera: Jörg Linke, Uwe Nitschke, Lucas Piossek, Alexander Preuss

Grafik: Sascha Werner

Schnitt: David Schöley

Vor gut einer Woche im Kongresszentrum von Suhl. AfD-Anhänger bejubeln Björn Höcke. Er ist der Star, obwohl es eigentlich um einen anderen geht: Sein Büroleiter Robert Teske stellt sich als Direktkandidat für den Bundestag vor. Seine Chancen im Südthüringer Wahlkreis 195 stehen gut - bei der Landtagswahl im vorigen Herbst lag die AfD hier überall deutlich vorn.

Robert Teske Direktkandidat Wahlkreis 195 AfD

Lieber Björn, es war mir eine Ehre, die letzten sechs Jahr für dich zu arbeiten. Und ich will euch nicht länger auf die Folter spannen. Björn Höcke, du hast das Wort.

Robert Teske pflegte als junger Mann gute Kontakte zur Identitären Bewegung, seit Jahren ist er einer der engsten Vertrauten von Höcke. Jetzt will er nach Berlin - er gilt als Vertreter des völkischen Flügels. Der setzt schon seit längerer Zeit auf Sozialpolitik, um die ostdeutsche Wählerschaft dauerhaft an die Partei zu binden.

Robert Teske, AfD-Kandidat Wahlkreis 195

Ich will nämlich heute ein bisschen über Sozialpolitik reden, weil das tatsächlich mir auch am Herzen liegt. Wir wollen gerade kleine und mittlere Einkommen entlasten. Wir wollen die Grundsteuer abschaffen. Wir wollen die, wir wollen die Rundfunkgebühren abschaffen, wir wollen Freibeträge für die Lohnsteuer erhöhen. Und auch hier zur Frage der Finanzierung. Die Milliarden, um das alles umzusetzen, sind da. Zwei Drittel aller Bürgergeldempfänger haben einen Migrationshintergrund. Und fast 50 Prozent sind nicht mal Staatsbürger, das sind Ausländer. Das sind nämlich die Milliarden, die am Ende des Tages unseren Leuten fehlen.

Was Robert Teske nicht erwähnt: Mehr als die Hälfte der ausländischen Bürgergeldempfänger sind anerkannte Kriegsflüchtlinge - aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan. Worüber er auch nicht spricht: In ihrem Programm zur Bundestagswahl schlägt die AfD zum Teil radikale Sozialkürzungen vor - zum Beispiel beim Arbeitslosengeld.

Die aktuelle Regelung. Nach einem Jahr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entsteht ein Anrecht auf ein halbes Jahr Arbeitslosengeld. Nach mindestens zwei Jahren im Job wird



die Versicherungsleistung ein Jahr lang gezahlt. Menschen ab 50 bekommen länger Arbeitslosengeld - gestaffelt nach Alter und Beschäftigungsdauer bis zu zwei Jahren.

Die AfD schlägt in ihrem Bundestagswahlprogramm vor, die Arbeitslosenversicherung drastisch umzubauen. Greifen soll die Neureglung für Menschen, die ab 2026 erstmals eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen. In den ersten drei Beitragsjahren hätten sie überhaupt keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Erst danach entsteht ein Anrecht - für ein halbes Jahr. Pro zwei weitere Beitragsjahre stiege dieser Anspruch um einen Monat. Auf ein Jahr Arbeitslosengeld käme man dann erst nach 15 Jahren im Job. Die Besserstellung von Älteren will die AfD abschaffen - zwei Jahre Arbeitslosengeld gäbe es rechnerisch erst nach 39 Beitragsjahren.

Wir wollen wissen, was der Kandidat von den geplanten Einschnitten bei der Arbeitslosenversicherung hält. Immerhin wurde das Wahlprogramm einstimmig beschlossen.

Robert Teske, Direktkandidat Wahlkreis 195 AfD

Ja, das muss ich jetzt tatsächlich sagen. Habe ich jetzt so nicht im Kopf, dass wir das so im Programm drinstehen haben. Aber ich habe es heute auf der Bühne gesagt. Ich bin bei 91 Prozent Zustimmung. Das ist vielleicht ein Punkt, den wir nochmal überarbeiten sollten aus sozialpolitischer Sicht.

Wissen die Anhänger der AfD, welche radikalen Änderungen ihre Partei bei der Arbeitslosenversicherung vorhat? Wir fragen nach.

AfD-Anhänger: Nee, das habe ich noch nicht gelesen jetzt. So im Detail habe ich mich damit noch nicht so befasst. Ich bin auch erst in den letzten Jahren dazu gekommen. Ich bin da noch nicht so firm — Aber drei Jahre, das wär so ein bisschen, nee, das wär ein bisschen happig.

Reporter: Man soll ja erst nach drei Jahren Anspruch auf Arbeitslosenversicherung und auch nur für ein halbes Jahr erwerben. Finden Sie das sinnvoll?

Auch dieser junge Mann will unsere Fragen beantworten - dann soll er recht offensichtlich doch nicht.

Muss.

Dieser AfD-Wähler aus Bayern ist von der Frage zunächst etwas überrascht.



Sozialpolitik ist nicht so mein Hauptinteressensgebiet. Um einen Ingolstädter zu zitieren, die illegale und irreguläre und ungesteuerte Migration ist die Mutter aller Probleme. Ich meine, wenn ich einen nicht unbeträchtlichen Anteil an sozialer Umverteilung für Leute ausbebe, die nur bedingt hier das Recht hätten, sich niederzulassen, dann muss ich über solche anderen Dinge gar nicht erst diskutieren.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat Wahlvorhaben der Parteien analysiert. Dessen Chef Marcel Fratzscher bewertet die AfD-Pläne zum Abbau der Arbeitslosenversicherung für künftige Arbeitnehmer kritisch.

Marcel Fratzscher, Präsident Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Ironie der AfD-Politik ist, dass es den eigenen Wählerinnen und Wählern am meisten schaden würde. Denn wir werden in den nächsten 10, 15 Jahren in Deutschland eine große wirtschaftliche Transformation sehen. Und gerade Menschen in Ostdeutschland wissen doch aus der eigenen Erfahrung der 1990er-Jahre, wie lange es manchmal dauern kann, bis man wirklich in Arbeit und in gute Arbeit kommt. Und dass da leicht mal ein oder zwei Jahre vergehen. Und den Menschen dann zu sagen, wir bestrafen euch jetzt auch noch dafür, indem wir euch die Leistung kürzen, hat erstens nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Und zweitens macht es das ja noch schwieriger für die Menschen, in gute Arbeit zu kommen.

Vorigen Freitag in Stollberg im Erzgebirge. Hier tritt Maximilian Krahe als AfD-Direktkandidat an. Der umstrittene Europaparlamentarier aus Sachsen will jetzt nach Berlin wechseln. Auf Social Media verbreitet er erfolgreich seinen Spruch, dass echte Männer rechts seien - und zieht damit vor allem Jugendliche an.

Maximilian Krahe, Kandidat Wahlkreis 162 AfD

Wir alle, gerade hier in dem Wahlkreis, mögen nicht reich sein. Sind wir nicht. Deutschland ist kein reiches Land und die Deutschen sind auch keine reichen Menschen. Und wir sind natürlich reich durch das, was wir geerbt haben von unseren Vorvätern an Kultur, an Bausubstanz, an Geist, an Zusammenhalt. Das uns beweist, dass wir doch etwas zusammen haben, dass wir gemeinsam den Krieg gewinnen, den wir zu bestehen haben.

Der Erzgebirgskreis gehört zu den Regionen Deutschlands, in denen die Löhne am niedrigsten sind. Viele hier beziehen Mindestlohn. Thema ist das an diesem Abend nicht. Die politische Konkurrenz hat sich zum Mindestlohn klar positioniert - aber wie ist die Haltung der AfD?

Seit Januar liegt der Mindestlohn bei 12,82 Euro - alle zwei Jahre entscheidet eine Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern über eine Anpassung. In diesem Wahlkampf



haben die meisten Parteien klare Forderungen zum Mindestlohn aufgestellt. SPD, Grüne, Linke und BSW wollen ihn auf 15 Euro erhöhen - Union und FDP sind dagegen, sie setzen weiter auf die Entscheidungen der Mindestlohnkommission. Und die AfD? Sie hält sich raus und erwähnt den Mindestlohn nur einmal in ihrem Wahlprogramm - er soll künftig auch für Menschen in Behindertenwerkstätten gelten.

Die AfD-Anhänger in Stollberg haben durchaus eine Meinung zum Mindestlohn.

AfD-Anhängerin: Ich finde das immer toll, 15 Euro Mindestlohn. Ganz toll. Wer bezahlt diesen Mindestlohn? Der Bürger. Beim Friseur, beim Klempner. Überall. Die kleinen Unternehmen können es sich irgendwann nicht mehr leisten. Wenn, dann muss es vom Staat gefördert werden, dass diese den Leuten den Mindestlohn zahlen können. Ist einfach so. Wer soll es finanzieren? Der Friseur, wo man jedes Mal mehr bezahlt? Die Rentnerin nicht mehr hingehen kann, weil sie sich dann das einfach nicht mehr leisten kann?

AfD-Anhänger: Ich denke, dass der Mindestlohn, das ist gut, aber das ist nicht gut für die, die Facharbeiter sind. Weil sonst müssten die ja noch mehr verdienen, weil jede Putzfrau verdient ja dann 15 Euro und diese Spanne ist zu gering. Die Facharbeiter, die haben dann vielleicht 20 Euro oder so und da ist diese Spanne zu wenig. Die müssen dann auch viel mehr verdienen. Es wird ja alles teurer und deshalb wird wahrscheinlich der Mindestlohn auch kommen, denke ich. Das ist so.

Und was meint der Kandidat?

Maximilian Krah, Kandidat Wahlkreis 162 AfD

Wir haben nichts gegen einen Mindestlohn, wenn er die Wirtschaft nicht belastet. Wobei, dann ist er auch nicht wirklich ein Aufreger. Gegen die 15 Euro sind wir, das ist reiner Populismus von Herrn Scholz. 15 Euro Mindestlohn jetzt würde bedeuten, dass insbesondere Migranten, aber auch Geringqualifizierte dauerhaft von Arbeit ausgeschlossen würden. Das halten wir für völlig wahnsinnig.

Marcel Fratzscher, Präsident Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Das Argument von Maximilian Krah ist widerlegt. Seit 2015, seitdem der Mindestlohn eingeführt wurde, haben wir nicht weniger Beschäftigung, sondern deutlich mehr Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote ist nicht gestiegen, sondern ist gesunken. Ja, einzelne Unternehmen werden kein Mindestlohn von 14 oder 15 Euro zahlen können. Das ist richtig. Aber das, was wir in den letzten zehn Jahren gesehen haben, ist, dass die Beschäftigten



gesagt haben, okay, wenn ich hier diesen Lohn nicht bekomme, ich habe genug Optionen, genug andere Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, wo ich besser bezahlt werde.